

## „Journalismus ist das nicht.“

### Die russische Journalistin Mascha Gessen über die Einschränkung der Pressefreiheit in Russland und die politische Lage

NINA SALOMON, BERLIN

Mascha Gessen ist stellvertretende Chefredakteurin der Moskauer Wochenzeitung *Bolšoj Gorod* und schreibt regelmäßig für verschiedene russische und amerikanische Medien, darunter *The New Republic*. Im Oktober war sie in München, um bei einer Podiumsveranstaltung des Deutschen Instituts für Menschenrechte über „Investitionen in den Rechtsstaat“ in Russland zu diskutieren. Dabei wurde auch das vom Institut herausgegebene Buch „Russland auf dem Weg zum Rechtsstaat? Antworten aus der Zivilgesellschaft“ vorgestellt, in dem Gessen mit einem Beitrag über die Medien und den Tschetschenienkrieg vertreten ist.

*Sie arbeiten als stellvertretende Chefredakteurin einer russischen Wochenzeitung. Als freie Journalistin schreiben Sie außerdem regelmäßig Beiträge für amerikanische Medien. Inwieweit sind Sie von Repressionen gegen die Medien betroffen?*

Gegenwärtig sind alle betroffen. Ich arbeite für eine Wochenzeitung, die nicht staatlich kontrolliert wird und keinem der prominenten Oligarchen gehört. In gewisser Weise bin ich also in der bestmöglichen Lage. Dennoch muss ich, nur um meinem Beruf nachzugehen, ständig mit meinem Herausgeber darüber im Gespräch bleiben, was erlaubt ist und was nicht. Es gab Fälle, in denen mir gesagt worden ist, ich solle andere Wege finden, um das zu sagen, was ich sagen wollte. Diese Wege habe ich gefunden, insofern ist die Situation nicht unhaltbar. Journalismus kann man das aber nicht nennen. Der Herausgeber fürchtet zweierlei Dinge: Er hat Angst, dass der Kreml auf uns auf-

merksam wird und die Zeitung geschlossen wird. Also dürfen wir uns nicht weiter hinauswagen als andere. Die andere Angst betrifft die Anzeigenkunden, die ihrerseits nicht mit einer Publikation in Verbindung gebracht werden wollen, die sich

In zwei Fällen bin ich persönlich bedroht worden. Das erste Mal im Sommer 2000, als ich in einem Beitrag über den Fall Gussinskij ein Dokument veröffentlichte, das Putin als stellvertretender Bürgermeister von St. Petersburg unterzeichnet hatte. Darin hatte er den vermeintlich illegalen Deal Gussinskijs explizit erlaubt. Danach wurde ich eine ganze Weile ständig bedroht, was mit ein Grund dafür war, dass ich die Zeitschrift *Itogi*, bei der ich damals arbeitete, verließ. Im Februar habe ich in *The New Republic* geschrieben, dass die amerikanischen Medien Putin zu nachsichtig beurteilen. Daraufhin gab es eine immense Reaktion in Russland. Außerdem ist jemand in meine Wohnung eingebrochen, während ich verreist war, als Folge des Artikels, wie ich glaube. Die einzigen Dinge, die gestohlen wurden, waren die Festplatte meines Computers und ein alter Laptop.

*Können Sie von anderen Fällen berichten, in denen Journalisten in ihrer Arbeit behindert worden sind?*

Abgesehen von der bekannten Tatsache, dass Raf Šakirov, der Chefredakteur der *Izvestija*, nach der Berichterstattung über Beslan gefeuert wurde, gab es kürzlich einen besonders bemerkenswerten Fall bei der Zeitschrift GQ, die vom Verlag Condé Nast International herausgegeben wird. Der Herausgeber in Russland ist ein Deutscher, Bernd Runge, stellvertre-

tender Chef von Condé Nast International und verantwortlich für alle Publikationen des Verlages in Russland und Deutschland. Runge war zu DDR-Zeiten ein Stasi-Spitzel, wie *Der Spiegel* im Mai in einer Artikelserie ausführlich berichtete. Daran hat sich in Deutschland offenbar niemand sehr gestört, jedenfalls hat er seinen Posten behalten. Bei der jährlich unter den Lesern von GQ durchgeführten Wahl der „Person des Jahres“ hat in diesem Jahr Chodorkovskij [der inhaftierte Ölonternehmer und Philanthrop, Anm. d. Interv.] mit einem riesigen Abstand gewonnen. Runge verbot daraufhin der Redaktion, Chodorkovskij offiziell „Person des Jahres“ zu nennen und ihn auf der Titelseite abzubilden. Er erlaubte allerdings, ihn „Geschäftsmann / Politiker des Jahres“ zu nennen – dies war bezeichnenderweise ein- und dieselbe Kategorie. Die Redaktion hatte vorgesehen, alle Gewinner der Wahl, also „Autor des Jahres“, „Sportler des Jahres“ und so weiter, mit einem Foto und einem Interview aufzuführen. Von Chodorkovskij brachten sie nur ein altes Foto, zusammen mit dem Hinweis, ein Interview mit ihm sei nicht möglich, er habe aber weiterhin trotz allem einen starken Einfluss auf das Geschäftsleben. Als Runge die so vorbereitete Ausgabe sah, ließ er jemanden aus der Redaktion nach Italien fliegen, wo die Zeitschrift gedruckt wird, um die Seite herauszunehmen und mit einem Beitrag über eine andere Person zu ersetzen. Chodorkovskij tauchte in der Zeitschrift gar nicht auf. Diese Geschichte ist ein höchst erstaunliches Beispiel dafür, dass auch Ausländer Putins Drecksarbeit übernehmen. Das ist besonders widerwärtig, denn nachdem Runge die Arbeit der Journalisten massiv gestört hat, kann er einfach einpacken und gehen, wenn er will. Die Redakteure, die für ihn arbeiten, müssen dagegen in Russland bleiben. Darüber hinaus ist der Fall ein weiterer Beleg für die allgegenwärtige Angst. Nicht, dass wirklich etwas passiert wäre, hätten sie Chodorkovskij „Person des Jahres“ genannt. Möglicherweise hätten sich ein paar Anzeigenkunden aus Furcht zurückgezogen, das ist alles. Die russische Ausgabe von GQ hätte wohl kaum dicht machen müssen. Dennoch: So etwas passiert ständig.

Ein weiterer Fall, der mir persönlich bekannt ist, betrifft die Zeitung *Kommersant*, ganz klar die beste oppositionelle Tageszeitung im Land, die sehr anspruchsvoll und offen berichtet. Selbst diese Zeitung ist sehr vorsichtig, wenn es darum geht, zu entscheiden, mit wem sie sich anlegt. Eine Freundin von mir arbeitete bis vor kurzem als Journalistin für das Bil-

dungsressort dort. Sie erzählte, dass immer, wenn sie kritisch über Leute aus dem Bildungsministerium schrieb, die entsprechenden Namen aus den Artikeln gestrichen wurden, so dass die Berichterstattung weniger konkret personenbezogen aussah. Gleichzeitig rief kurze Zeit später der Minister oder ein anderer Bürokrat bei ihr an, um über die entsprechenden Artikel zu sprechen, so dass klar war, sie hatten den ursprünglichen Artikel gelesen, nicht die veröffentlichte Version ohne Namen. Einer ihrer Vorgesetzten war also regelmäßig mit den Behörden in Kontakt. Die Herausgeber rechtfertigen so etwas vor sich selbst damit, dass sie nur auf diese Weise weiter arbeiten und offen über die wirklich wichtigen Dinge schreiben können, während sie bei den kleinen Dingen Kompromisse eingehen. Um es noch einmal zu wiederholen: Das ist aber kein Journalismus.

*Neue russische Steuergesetze behindern die Arbeit von NGOs. Können Sie darüber berichten?*

Ich bin keine NGO-Expertin, habe aber über deren Arbeit als Journalistin berichtet. Die Ergänzung des Steuergesetzes verpflichtet Organisationen, Steuern zu zahlen für alles, was sie tun, selbst wenn sie damit gar kein Geld verdienen. Sie müssen also allen Tätigkeiten einen bestimmten Wert zuschreiben. Wenn sie beispielsweise eine kostenlose psychiatrische Beratung anbieten, müssen sie Steuern für den vermeintlichen Wert aller Leistungen des Psychiaters zahlen. Im Grunde zielt das Gesetz also darauf ab, NGOs in den Bankrott zu treiben. Ich war kürzlich bei einem Treffen zwischen Vertretern von NGOs und Behörden. Ein Behördenvertreter argumentierte, man könne ja nicht wissen, welche Organisationen rechtmäßig seien, schließlich könnten sie diesen Status ja auch bloß zur Steuerbefreiung nutzen. Diese Logik kehrt die Beweislast also um: NGOs gelten als schuldig, bis sie das Gegenteil beweisen.

*Einige Beobachter weisen darauf hin, dass die Mehrheit der Russen der Demokratie ablehnend gegenüber steht und einem Übermaß an bürgerlichen Freiheiten misstraut.*

Es gibt dafür überhaupt keinen Beweis. Das Gerücht, dass die Menschen in Russland die Demokratie nicht wollen, hat Richard Pipes [amerikanischer Historiker, Anm. d. Interv.] in die Welt gesetzt. In seinem Aufsatz verwendete er aber Umfrageergebnisse von 1998, direkt nach der Finanzkrise, ein Zeitpunkt, als die Leute in Panik waren und forderten, man solle hart durchgreifen, um das Bankensystem zu

stabilisieren. Er hat das Material dieses Jahr in einem Artikel verwendet, obwohl Umfragen jetzt ganz andere Ergebnisse zeigen. Bei einer aktuellen Meinungsumfrage in Russland, in der die Befragten die „wichtigsten Werte“ in einer Rangliste anordnen sollten, fanden sich Menschenrechte und bürgerliche Freiheiten unter den Top Ten von etwa dreißig Kategorien.

*Sie warnen davor, dass Putins Politik den Boden für den Aufstieg eines rechtsnationalistischen Führers in Russland bereitet.*

Sobald Putin an der Macht war, bereits lange vor den jüngsten Maßnahmen, hat er damit begonnen, die liberale Opposition zu bekämpfen, so dass die äußerste Rechte die einzige verbleibende Opposition darstellt. Der Kreml hatte aus zwei Gründen Interesse daran, die Rechte zu fördern. Zum einen hatte er die Absicht, der Kommunistischen Partei Stimmen wegzunehmen. Die neu gegründete Mutterland-Partei, eine extrem nationalistische Partei, hat den Kommunisten tatsächlich einen Großteil der Stimmen weggenommen, vor allem Protestwähler. Zum anderen pflegt der Kreml seit acht Jahren die Tradition, eine Opposition zu fördern, die im Vergleich mit der gegenwärtigen Regierung viel schlimmer scheint, besonders aus der Sicht des Westens. So wie Jelzin 1996 eine Dichotomie zwischen sich und der Kommunistischen Partei geschaffen hat, hat Putin jetzt eine solche künstliche Dichotomie entstehen lassen zwischen seiner Regierung und der Mutterland-Partei. Diese Dichotomie wird immer realer. Denn wenn Putin erst einmal die Medien kontrolliert und den Wahlprozess manipuliert hat, kann er das politische Gesamtbild kontrollieren. Allerdings ist diese politische Struktur dabei, sich zu verselbständigen: Die Rechten sind der einzige alternative Kanal für andere politische Energien, die entstehen, weil die Menschen zunehmend frustriert sind über den Kreml und ihm misstrauisch gegenüberstehen. Ein weiterer wichtiger Faktor für das Erstarken der Rechten ist, dass die einzige politische Organisation mit einer lebensfähigen Struktur gegenwärtig die Nationalbolschewisten sind. Auch wenn es nicht sehr wahrscheinlich ist, dass sie an die Macht kommen, ebnen sie den Weg für den Nachfolger Putins. Die wichtigste Frage ist also, wie die Protestenergie kanalisiert wird, nämlich durch die extremen Nationalisten.

*Sie haben darauf hingewiesen, dass mit dem verschärften Nationalismus auch Fremdenfeindlichkeit und rassistische Gewalt in Russland zunehmen.*

Rassistische Vorfälle, vor allem gegen Menschen kaukasischer Herkunft, passieren in Russland jede Woche. Ende September wurden zwei Männer aus dem Kaukasus in der Moskauer U-Bahn vor einer Menge anderer Fahrgäste von einer Skinhead-Gang zusammengeschlagen. Niemand hat sich eingemischt. Cafés, die kaukasischen Besitzern gehören, werden regelmäßig demoliert. Es gibt regelrechte Pogrome. Anfang Oktober wurden drei Moskauer Cafés von einer Jugendbande in Flammen gesetzt, alle in einer Nacht. Niemand wurde gefasst. Bei diesen Vorfällen handelt es sich erwiesenermaßen um rassistische Gewalt. Es passieren aber auch eine Menge Gewalttaten, die nicht untersucht werden. Ein junger Mann aus Azerbajdžan wurde in Moskau umgebracht, und dies sieht sehr nach einem rassistischen Mord aus. Alle Menschen kaukasischer Herkunft, die ich kenne, haben buchstäblich Angst, auf die Straße zu gehen. In meiner Redaktion arbeitet ein junger armenischer Journalist, der kürzlich in der U-Bahn von einer Gruppe von Menschen gepackt wurde. Sie versuchten, ihm seinen Rucksack wegzunehmen, weil sie ihn verdächtigten, eine Bombe darin zu tragen. Solche Verdächtigungen passieren wirklich ständig und werden von der Polizei geschürt, indem sie willkürlich Menschen mit „kaukasischem Aussehen“ festnimmt und inhaftiert. Nach meiner Einschätzung geht mehr Gewalt von der Polizei aus als von Privatleuten.

**Nina Salomon, M.A.** studierte Geschichte und Nordamerikastudien.